

Eine kurze Einführung in das Thema des Kongresses „Was ist Leistung“ Teil II am 20. und 21. November im Abgeordnetenhaus Berlin

Nicht erst seit der Finanzkrise gewinnt die öffentliche Diskussion darüber, was unter Leistung, Wachstum und Wohlstand verstanden wird immer größere Bedeutung.

Welchen Preis zahlen Gesellschaft und Wirtschaft für das Festhalten an tradierten Strukturen und Geschlechterstereotypen? Welchen Preis zahlen wir alle, wenn ein so eminent wichtiger Bereich menschlichen Lebens wie die notwendige Sorge-für-einander, die „Sorgearbeit“ weder in Wirtschaftstheorien noch in den Rahmenbedingungen unseres Zusammenlebens hinreichend berücksichtigt ist? Wie müsste Sorgearbeit abgesichert werden? Wie lässt sich eine gender- und familiengerechte Gesellschaft gestalten; wie lässt sich einer Armutsentwicklung entgegensteuern, die vor allem allein Erziehende, Familien mit Kindern und Frauen im Rentenalter betrifft?

Wir wollen auf dem Kongress - „Was ist Leistung?“ Teil II - den Diskussionsstand dieser gesellschaftlichen Fragen aufzeigen und gemeinsam überlegen, was sich auf dem Weg zu einer gender- und familiengerechten Lebens- und Arbeitswelt ändern muss, hin zu einer Gesellschaft, die auch der Sorgearbeit den Stellenwert einräumt, der ihr zukommt.

Dabei sind Forderungen wichtig wie:

- Die Geschlechterordnung, die dem gegenwärtigen Wirtschaftssystem zugrunde liegt, muss sichtbar gemacht werden,
- Wirtschaftstheorie und Wirtschaftsethik dürfen grundsätzlich nicht „geschlechtslos“ diskutiert werden,
- Die partnerschaftlicher Familienarbeit muss gefördert werden, weil sich nur so Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt erreichen lässt
- die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen muss verringert werden

Als gravierendste Folge von Gender-Ungleichheiten bezeichnete die Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig zum Auftakt der Gender-Studies-Tagung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) am 25. September 2014:

„Noch immer vorhandene massive Ungerechtigkeiten benachteiligen nicht nur die Frauen, sondern lähmen die gesamte Gesellschaft“.

Welche Fragestellungen und Ideen könnten weiter helfen?

Bereits auf dem 1. Kongress „Was ist Leistung“ 2012 wurde von Mechtild Jansen festgestellt: „Mit der Geschlechterfrage, der Arbeitsteilung und Arbeit stellt sich die soziale Frage noch einmal neu oder zusammen mit der Veränderung der Arbeit eine neue soziale Frage. Diese soziale Frage stellt sich als „ganze“ menschliche Frage, als existentielle Frage, als ein Kontinuum von Freiheit, Sozialität (inkl. aller Lebewesen, alles Lebendigen) und Demokratie“. (Mechtild Jansen, Autorin, 2012 Kongress „Was ist Leistung“ Dokumentation der Tagung)

Dies heißt für mich zu allererst, dass die Fixierung auf das kapitalistische Wachstumsmodell heute kein Stabilisierungsfaktor mehr ist, sondern zur Instabilität führt; sinnbildlich hierfür steht z.B. die Finanzkrise.

Neoliberale Wirtschafts- und Gesellschaftsmodelle versprechen zwar Gleichheit und flexible

Lebensgestaltungsmöglichkeiten, in dem sie postulieren, dass nur die Leistung zählt, nicht das Geschlecht, die soziale Herkunft oder die Hautfarbe. Tatsächlich aber erleben wir national und global wachsende Ungleichheit und eine zutiefst beunruhigende Ökonomisierung aller Bereiche des menschlichen Lebens (nicht zuletzt auch eine Unterwerfung des tierischen Lebens unter „ökonomische Zwänge“).

Die Bedürfnisse der Menschen, die notwendige Geschlechterdemokratie, die wesentlichen Voraussetzungen für ein friedliches, konfliktarmes gesellschaftliches Zusammenleben stehen diametral einer Wissenschaft der Politischen Ökonomie gegenüber, die sich nur oder überwiegend auf wirtschaftliche Zusammenhänge bezieht.

Diese Politische Ökonomie greift auch „ökonomisch“ zu kurz spart sie etwa die Sorgearbeit aus.

Deswegen beginnen wir auf unserem Kongress mit einer feministischen Kritik an einer rein am wirtschaftlichen Erfolg orientierten politischen Ökonomie und betrachten die Care-Arbeiten als wesentlichen, integralen Bestandteil einer Wirtschaftswissenschaft, die gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge erfassen will.

So formuliert etwa Prof. Dr. Eva Senghaas-Knobloch: „Care/Fürsorgliche Praxis meint die Gesamtheit lebensnotwendiger Sorgetätigkeiten für andere Menschen in den verschiedensten Formen, beruflich und nicht beruflich. Mit den Veränderungen der Geschlechterverhältnisse und neueren Entwicklungen in der Welt der Erwerbsarbeit lösen sich alle Arrangements auf, neue sind nur in Umrissen erkennbar. Fürsorge zu geben und zu empfangen ist ein Menschenrecht“. Uni Bremen (Fürsorgliche Praxis und gesellschaftliche Entwicklung jenseits des fordistischen Wachstumsmodells - Gleichstellungstagung des WSI, Berlin 2013)

Dabei ist festzuhalten: „die gesellschaftliche Organisation von Sorgearbeit berührt weit mehr als arbeitsrechtliche oder sozialpolitische Themenfelder, sondern verweist auf Arbeitsteilung und Geschlechterrollen, Migrationspolitik, Familienbilder und Marktmechanismen, besonders wenn Care-Arbeit „vermarktet“ und in Wert gesetzt wird.“ (Dr. Ulrike Knobloch, Universität Friborg, Sorgeökonomie als kritische Wirtschaftstheorie des Sorgens 2013, Denknetz-Jahrbuch 2013)

Um den Stellenwert von Sorgearbeit und die wachsende Ungleichheit zu verdeutlichen sind folgende Daten hilfreich, die hier aus unterschiedlichen Statistiken und Berichten zusammen gefasst sind:

- 2/3 aller Tätigkeiten sind nicht bezahlte Sorge-, Pflege- Haushalts- und Subsistenzarbeiten. Dies ist weltweit der größte Wirtschaftsfaktor. Erst danach kommen Finanz-, Unternehmensdienstleistungen und das produzierendes Gewerbe.
- Die Reichen sind schon wieder reicher geworden: Das oberste Prozent besitzt etwa 1/3 des gesamten Nettovermögens der Bundesrepublik wie eine Studie des DIW zeigt. Die reichsten 10 % kommen auf 63 – 74 % des gesamten Volksvermögens. Die Kapitalerträge lassen sich nicht mehr individuell auswerten, weil seit 2009 Zinsen und Dividenden mit einer Abgeltungssteuer belegt werden. Die Steuerdaten sind extrem lückenhaft, weil seit 1997 keine Vermögenssteuer erhoben wurde.

Wäre das bedingungslose existenzsichernde Grundeinkommen eine Basis zur Lösung vieler Probleme?

„Mit dem Grundeinkommen soll die grundlegende Existenz und gesellschaftliche Teilhabe einer und eines jeden Einzelnen abgesichert werden, und zwar ohne Rücksicht auf eine erbrachte Leistung, und ohne eine zuvor erfolgende diskriminierende Bedürftigkeitsprüfung, die heute fast 50 Prozent der Anspruchsberechtigten aus dem Grundsicherungsbezug ausgrenzt.“

So hat Ronald Blaschke vom Netzwerk Grundeinkommen das Ziel des Grundeinkommens definiert und wir werden auf dem Kongress diese Idee erneut diskutieren.

Was wünschen sich die Bürgerinnen und Bürger von einer gender- und familiengerechten Lebens- und Arbeitswelt? Dazu zwei Schlaglichter:

- Als „pragmatische Generation im Aufbruch“ bezeichnet der Soziologe Mathias Albert Menschen zwischen 12 und 25 Jahre in der Shell-Jugendstudie. Jugendliche wollen eine Familie und Kinder, aber auch einen erfüllenden Beruf. Und weil beides meist nicht

einfach zu vereinbaren ist, schränkt eine wachsende Zahl von ihnen ihren Kinderwunsch ein. So sagen heute 64 % der Jugendlichen ja zu Kindern. Vor fünf Jahren waren es noch 69 Prozent.

- Eine erstaunliche Umfrage der Bertelsmann-Stiftung ergab, dass sich fast 90 Prozent der Deutschen und Österreicher eine ökosoziale „Neue Wirtschaftsordnung“ wünschen. Das Bundesumweltministerium ließ repräsentativ nachfragen: „Soll das Bruttonationalglück zum obersten Ziel der Wirtschafts- und Sozialpolitik werden und alle anderen Ziele diesem untergeordnet werden?“ 67 % Prozent sprachen sich dafür aus – eine Verfassungsmehrheit! Im Zentrum der Aufmerksamkeit stünden dann Gesundheit, Bildung, Geschlechtergerechtigkeit, Selbst- und Mitbestimmung, intakte Natur, Stabilität und Frieden.

Die in der Umfrage der Bertelsmann-Stiftung formulierten Wünsche der Bürgerinnen und Bürger sind keine Nahziele, nicht heute und hier durchsetzbar. Doch sie können als Kompass dienen für die Bestimmung von mittel- und langfristigen Zielen in der Politik, als Maßstab für unsere Forderungen, als Basis unserer Kritik, als Hoffnung und als konkrete Utopie, die alle Menschen einbezieht.

Berlin, November 2015

Christel Wietusch

Vorstandsmitglied der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin e.V.